Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
# 1899

294 (14.12.1899) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

**Ausgabe:** Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

# Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

**Anzeigegebühr:** Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

**Parlaments-Ausgabe.** **Karlsruhe, den 14. Dezember 1899.**

## Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

121. Sitzung vom 13. Dezember.

Haus und Tribünen sind gut besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: v. Miquel, v. Goßler, Tirpitz, v. Podbielski, Graf Posadowsky, v. Rheinbaben, Frhr. v. Thielmann und zahlreiche Kommissare.

Das Haus nimmt den Entwurf eines Telegraphenwegegesetzes in dritter Lesung definitiv an.

Es folgt der Bericht der Petitionskommission über die Petitionen, welche eine Abänderung der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über die Gefährdung eines Eisenbahntransportes im Interesse der Straßenbahnen verlangen. Die Kommission beantragt Ueberweisung dieser Petitionen theils zur Berücksichtigung, theils als Material.

Verbunden damit wird die dritte Berathung des von den Abgg. Groeber (Ctr.), Bassermann (nl.) und Gen. eingebrachten Gesetzentwurfs, welcher ebenso wie die Petitionen für die Gefährdung eines Eisenbahntransports auch eine Geldstrafe (bis 900 Mk.) für zulässig erklären will. Jetzt muß in solchen Fällen auf Gefängniß erkannt werden.

Die Petitionen werden entsprechend dem Antrage der Kommission theils zur Berücksichtigung, theils als Material überwiesen. Der Gesetzentwurf wird ebenfalls ohne Debatte definitiv angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Berathung des Reichshaushaltsetats.

Finanzminister Dr. **v. Miquel:** Der Abg. Dr. Lieber hat gestern eine eingehende Kritik der Rede Sr. M. des Kaisers in Hamburg hier zum Vortrag gebracht. Ich werde ihm auf diesem Gebiete nicht folgen, weil ich aus langjähriger parlamentarischer Praxis eine solche Behandlung Allerhöchster kaiserlicher Reden nicht kenne. Unser hochverehrter Herr Präsident hat ja allerdings eine andere Anschauung. Ich würde aber doch dem Abg. Dr. Lieber auf diesem Wege meinerseits nicht folgen, wenn er die kaiserliche Rede und ihren Inhalt nicht mit meiner Person in Verbindung zu bringen sich erlaubt hätte. (Oho! im Centrum und Heiterkeit.) Der Abg. Dr Lieber hat in seiner Bemängelung, die er hier vorgetragen hat, gesagt:

„Ich kann mir, soweit ich die Sache ansehe, nur denken, daß hier unverantwortliche Rathgeber (Sehr gut! links und in der Mitte.) Seiner Majestät in dieser Weise das deutsche Volk verdächtigt haben. Von den verantwortlichen Männern, die hier sitzen, dafür lege ich meine Hand ins Feuer, war dazu keiner im Stande. Aber es giebt ja Leute, die vom Kommunisten bis zum Agrarier alle Stufen der Parteien durchlaufen haben und die dann von der Höhe ihrer Parteiloslichkeit herab, die sie zwar nicht hindert, die noch bestehenden Parteien Tag für Tag aufeinanderzuhetzen, alle bisherigen Parteien für überlebt erklären und von diesem Standpunkt der Parteilosigkeit jede, auch die legitimste Parteiregierung in Deutschland nicht nur für ein Verbrechen an dem Wohle der Nation und für eine Versündigung an der Krone halten, sondern leider auch erklären.“ In der Kritik der Rede Sr. Majestät, die der Abg. Lieber gehalten hat, will ich ihm, wie gesagt, nicht folgen. Ich stelle ihm blos eine andere Auffassung entgegen, welche diese Rede für einen aus tiefster Sorge für Gegenwart und Zukunft des deutschen Vaterlandes hervorgegangenen Mahnruf an das deutsche Volk hält, sich auf sich selbst zu besinnen, seine eigenen Interessen zu wahren, seiner Aufgabe sich bewußt zu sein, die Gefahren voll zu erkennen und entschlossen zu sein, die erforderlichen Maßregeln auch mit bedeutenden Opfern nicht zu scheuen. Diese Rede hat einen sehr großen Widerhall bei Millionen Patrioten in Deutschland gefunden (Sehr richtig! rechts), und wir können uns freuen, daß von Allerhöchster Stelle solche Worte an die Nation gerichtet worden sind, wobei Seine Majestät sein Allerhöchstes Vertrauen zu der Liebe des deutschen Volkes zu seinem Vaterlande zum Ausdruck bringt. Und wenn er gewarnt hat vor dem Uebermaß des Fraktionswesens und der Kritiksucht, so findet auch dies in großen Theilen der Bevölkerung ihre vollste Zustimmung. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Dr. Lieber sprach von unverantwortlichen Rathgebern und bezeichnete deutlich genug mich als wenigstens einen derselben, der das deutsche Volk bei Seiner Majestät verdächtigt habe. Meine Herren! Einen solchen Vorwurf, ohne daß man irgend einen Beweis hat, gegen einen anderen Menschen zu erheben, das ist mir bisher in meiner ganzen Lebenserfahrung noch nicht vorgekommen. Unverantwortliche Rathgeber! Ich bin weder Seiner Majestät verantwortlicher noch unverantwortlicher Rathgeber gewesen, Seine Majestät braucht keine Rathgeber (Lachen bei den Soz.), um seine Anschauungen auf dem Gebiet der Marine und der Flotte auszudrücken. Jedenfalls wäre ich dazu der am allerwenigsten Berufene, und es wird Herrn Dr. Lieber nicht gelingen, für diese — vorsichtig ausgedrückt — Insinuation den allergeringsten Beweis zu erbringen. Daß es irgend einem Menschen möglich wäre, bei Seiner Majestät, dem ersten Patrioten Deutschlands, das deutsche Volk zu verdächtigen, es ist geradezu — man kann es nicht anders sagen — lächerlich, nur einen solchen Gedanken zu hegen. Dr. Lieber hat dann — und das war vielleicht der ganze Zweck der Sache — die Gelegenheit benutzt, um mich hinzustellen als einen Mann, der keine eigne Ueberzeugung hat, der seine Meinung fortwährend wandelt, (Sehr richtig! bei den Soz.) und doch von der Höhe seiner eigenen Selbstüberschätzung aus alle Parteien als schädlich hinstellt. Dr. Lieber stellte den Kommunisten auf der einen, den Agrarier auf der anderen Seite gegenüber. Ich habe nie geleugnet, daß ich in der Jugendzeit unter dem Eindrucke des Jahres 1848, das ich als Student erlebte, unfähig, der Dialektik eines großen Denkers zu widerstehen, mich den Anschauungen von Karl Marx anschloß. Ich hätte heute auch keinen Grund gehabt, dies zu leugnen. Im Gegentheil, ich bin dieser Entwicklungsperiode dankbar, aber ich habe schon früher hinzugefügt, daß diese in der Unreife der Jugendzeit gewonnenen Anschauungen nur kurze Zeit gedauert haben, und daß ich mich schon in früher Jugendzeit von diesen Ideen durch gründliche historische und wissenschaftliche Studien befreit habe. Vielleicht hat man mir dies nicht glauben wollen und in der Ablegung dieser Anschauungen eine unberechenbare Wandelbarkeit meiner Anschauungen gefunden. Nun, ich werde Ihnen gleich einen Zeugen vorführen, obwohl ich nicht glaube, eines solchen Zeugen zu bedürfen, den Sie Alle kennen, und dem, obwohl er mein Freund ist, Niemand hier im Hause Parteilichkeit oder Wandelbarkeit vorwerfen kann. Das ist der Wirkliche Geheime Rath Planck, der erste Verfasser und Mitarbeiter an dem bürgerlichen Gesetzbuch. Der schreibt bei einer Gelegenheit Folgendes über jene Zeit: „Lebhaft tritt vor meine Seele die Zeit, als Du in den fünfziger Jahren Advokat hier in Göttingen warst, und wir damals neben der hannoverschen Politik eifrig nationalökonomische Studien trieben. Du warst damals schon von Deiner jugendlichen Schwärmerei für Marx geheilt. Gründliche geschichtliche und wissenschaftliche Studien hatten Dich von der Unhaltbarkeit und Undurchführbarkeit der Marxschen Theorien überzeugt. Auf der anderen Seite aber erkanntest Du schon damals die ungeheure Wichtigkeit der sozialen Probleme, und ich erinnere mich immer noch mit Freuden der vielfachen Anregungen, die ich Dir verdanke. Auch die agrarische Frage bildete damals schon den Gegenstand unserer Gespräche. Die Grundlagen, die Du damals gelegt hast, sind erweitert worden, und Deine ganze spätere politische Thätigkeit scheint ein konsequentes Fortschreiten in dieser Richtung zu sein.“ Nun ich glaube, daß man berechtigter Weise diese Durchgangsentwickelung dieser frühesten Jugendzeit mir nicht als Wandelbarkeit vorwerfen kann, und ich finde es — ich glaube Ihrer Zustimmung sicher zu sein — sehr kleinlich, immer nach Art der Tante Voß (Heiterkeit) auf diese alte Zeit wieder zurückzukommen. (Oho! im Centrum.) Es ging nicht nur mir damals so, sondern unter den Erschütterungen des Jahres 1848 waren Hunderte von Studenten genau in derselben Lage, und alle meine damaligen Freunde, soweit sie heute noch leben, stehen genau auf demselben Standpunkt wie ich. Also, was will das sagen? Seit der Zeit aber, Herr Dr. Lieber, habe ich keine anderen Wandlungen durchgemacht, als diejenigen, welche jeder denkende Mensch, der sich um die öffentlichen Angelegenheiten bekümmert, der täglich Erfahrungen macht, immer vor neuen und veränderten Aufgaben steht, nothwendig durchmachen muß, wenn er sich nicht einbildet, eine einmal gefaßte Meinung über eine bestimmte Frage sei für ewige Zeiten richtig, wie sich auch die Zustände und Verhältnisse ändern mögen.

Nun komme ich zu dem Wort Agrarier. Wenn Herr Dr. Lieber unter Agrarierthum versteht die objektive Beurtheilung der Lage der Landwirthschaft, das Verständniß, daß wir in Deutschland weder allein einen Agrarstaat noch allein einen Industriestaat haben (Sehr wahr! rechts.), das Verständniß, daß die Landwirthschaft ohne ihre eigene Schuld durch die Entwickelung der Dinge in eine schwere Lage gekommen ist (Sehr richtig! rechts.), und daß der Staat die Aufgabe und die Pflicht hat, soweit es in seiner Macht steht und soweit die Interessen anderer Klassen dadurch nicht wesentlich geschädigt werden, für die Landwirthschaft zu thun, was seinerseits möglich ist — wenn Sie den, der diese Ueberzeugung hat, als Agrarier bezeichnen, so übernehme ich diese Charakterisirung mit Stolz (Beifall rechts) und werde demgemäß auch in der kurzen Zeit, wo ich noch mitzuwirken habe, so handeln wie bisher. (Beifall rechts.)

Nun komme ich zu dem Vorwurf, das deutsche Volk bei Seiner Majestät verdächtigt zu haben. Sie werden es mir nachfühlen, daß ich es für unter meiner Würde halten muß, auf einen solchen Vorwurf zu antworten. Ich könnte das auch nicht in parlamentarischen Formen, mein moralischer Widerwille würde mir das unmöglich machen. (Au! au! links.) Deswegen gehe ich darüber einfach hinweg. Ich glaube, was die Liebe zum Vaterlande, die Arbeit für die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches, d. h. eine vierzigjährige Thätigkeit auf allen Gebieten der Verwaltung betrifft, daß ich vermessen genug sein, mich mit dem hochverehrten Dr. Lieber auf eine Stufe zu stellen. Ich will aber darauf nicht weiter eingehen. Es ist genug. Ich verstehe nicht, woher plötzlich der Zorn des Abg. Lieber gegen mich eigentlich entstanden ist. Wir haben im vorigen Landtag gemeinsam für den Kanal und das Kommunalwahlgesetz gearbeitet, wir schieden im besten Einklang, der Abg. Lieber wollte sogar noch am letzten Tage seiner Abreise mir die Ehre eines Besuchs schenken. Der Abg. Lieber besuchte mich auch in der freundschaftlichsten Weise, und wir unterhielten uns bei Tisch über die laufenden Fragen in vollem Einvernehmen. So schieden wir in freundschaftlichster Weise. Plötzlich wird in Mainz eine Rakete losgelassen, ich werde als der Feind des Centrums bezeichnet, vor dem man sich hüten müsse, als einflußreicher Mann, auf den das Centrum achten müsse. Ich war darüber im höchsten Grade erstaunt und wußte mir die Sache nicht zu erklären. Dem folgte nun unmittelbar eine gewaltige Hetze der ganzen klerikalen Presse gegen mich. Es war System in der Sache. Was dahinter steckt, weiß ich auch heute noch nicht. Herr Dr. Lieber weiß recht gut, wie sehr ich von jeher in konfessionellen Fragen mit der größten Objektivität, mit Gerechtigkeit und Billigkeit gehandelt habe, sowohl als Abgeordneter, wie als Mitglied des Herrenhauses und als Minister. Er weiß ganz genau, daß ich die konfessionellen Zwistigkeiten für eine große Schwächung des Vaterlandes, ja, für ein Unglück halte, was die Geschichte unseres Landes ja hinlänglich beweist. Er weiß ganz genau, daß ich immer gehofft und danach gestrebt habe, die Gegensätze möglichst abzuschwächen, schon weil sich daraus eine Stärkung unseres Vaterlandes ergiebt. Er weiß ganz genau aus sehr vielen Unterredungen, daß ich in vollem Maße die patriotische und reichstreue Haltung des Centrums bei Gelegenheit des bürgerlichen Gesetzbuchs und des Flottengesetzes anerkannt habe. Er weiß also ganz genau, daß ich geradezu unfähig bin, gegen das Centrum irgendwo zu hetzen, und ich begreife daher nicht, wie er dazu kommt, mir solche Dinge zu insinuiren. Ja, meine Neigung, die Minoritäten in unserem Vaterlande möglichst zu befriedigen, hat mir von jeher, seit langen Jahren viele Vorwürfe meiner eigenen politischen Freunde zugezogen. Man kann dabei aber nicht weiter gehen, als das Staatsinteresse, als die Aufgabe der Regierung, den Frieden unter den Konfessionen zu erhalten, es zuläßt. In dieser Beziehung sind bestimmte Grenzen gezogen, die der Staatsmann nicht überschreiten darf. Ueber das Maß gerade des Entgegenkommens gegen die Minderheiten kann man ja verschiedener Auffassung sein; aber diese eine Grenze muß jeder Staatsmann innehalten. Ich glaube kaum, daß das Centrum selbst mehr wird verlangen können. Also woher kommt diese plötzliche schroffe Haltung? Vielleicht klärt Herr Dr. Lieber uns näher auf. Ich werde mich in meiner Haltung dadurch nicht im Geringsten stören lassen; ich werde ruhig meiner eigenen Ueberzeugung weiter folgen; ich werde Krieg nicht mit Krieg erwidern, weil viel größere Interessen hier auf dem Spiele stehen als Zeitungskriege und die Rede eines einzelnen Abgeordneten. Und diese allein sind für mich entscheidend. Wenn ich nun noch zwei Worte zufügen darf, so möchte ich hinweisen auf die Rede des Herrn Schatzsekretärs und der übrigen Herren Vertreter der Regierungen mit der kurzen Bemerkung, daß ich ihrer Auffassung in allen Punkten beistimme. Als preußischer Minister und namentlich als preußischer Finanzminister bin ich natürlich verpflichtet, mich um den Stand der Reichsfinanzen, ihre zukünftige Entwickelung und die Höhe der Zumuthungen, die man an sie und an das deutsche Volk stellen kann, genau zu bekümmern. Und da kann ich nur sagen: Nach meiner Auffassung steht die angedeutete Flottenvorlage in keinem Widerspruch mit der Leistungsfähigkeit der Reichsfinanzen, ihrer wahrscheinlichen zukünftigen Entwickelung und der inneren Kraft des deutschen Volkes. Der Abgeordnete Lieber hat sich selbst darauf berufen, daß ich immer davor gewarnt habe in Preußen, allzu große dauernde Ausgaben auf schwankende Einnahmen zu basiren. Ich stehe auch hier auf demselben Standpunkt, bin aber der Meinung, daß ein Volk, dessen Wohlstand in solchem Maße wächst wie der des deutschen Volkes, dessen Handel und Industrie auf allen Gebieten so fortschreitet, welches sich jedes Jahr um 300 000 bis 500 000 vermehrt, wohl mit Recht von der Ansicht ausgehen kann, daß die Einnahmen des Reichs in dauernder Steigerung sich befinden. Allein schon die regelmäßige Volksvermehrung muß dahin wirken. Man hat mir imputirt, ich hätte in der Presse auf die Kornzölle hingewiesen. Das ist natürlich vollständig aus der Luft gegriffen. Ich bin umgekehrt der Meinung: Wenn wir einmal zu einer Steigerung der Getreidezölle kommen sollten, so ist das mindestens ein ebenso starkes Moment für die Verminderung der Einnahmen aus unseren Zöllen wie für eine Vermehrung. Denn die Getreidezölle sollen doch den Zweck haben, die Landwirthschaft in den Stand zu setzen, in größerem Maße noch wie bisher das für das deutsche Volk nöthige Getreide selbst zu produziren. Das führt naturgemäß zu einer Abminderung des Imports und zu einer Verringerung der Einnahmen aus den Getreidezöllen. Also ich bin weit entfernt, die Getreidezölle in Verbindung mit der vorliegenden Flottenvorlage zu bringen. Finanziell, glaube ich, haben wir nichts zu fürchten. Steuererhöhungen werden nach meiner Ueberzeugung durch diese Vermehrung der Flotte nicht herbeigeführt. Wohl aber wird durch den größeren und sicheren Schutz der Küsten und Häfen die Leistungskraft der Millionen Deutschen, die im Auslande leben, aber mit dem Vaterlande noch in Verbindung stehen, außerordentlich gehoben. Die älteren Herren unter Ihnen werden sich noch erinnern, wie wir unter traurigen deutschen Zuständen mit Angst und Sorge in jedem Jahre nach Paris blicken mußten, was der dortige Kaiser zu sagen beliebte, ob er uns gnädig war oder nicht, weil wir das Gefühl der Schwäche in einem Grade hatten, daß wir meinten, abhängig zu sein von der Gunst oder Ungunst der jeweiligen Machthaber in unseren Nachbarländern. Welcher Segen für das deutsche Volk, daß es jetzt sicher in sich selbst sein kann, und daß es, wenn es den Frieden nicht behaupten kann, stark genug ist, zu Lande gegen eine Welt im Waffen zu treten. Welche Sicherheit in unserer ganzen nationalen Arbeit wird dadurch gegeben! Genau so liegt die Sache bei der Flotte, vielleicht im noch höheren Grade, weil wir hier viel sorgfältiger und zeitiger vorbereitet sein müssen für die möglichen Eventualitäten und Gefahren. Da muß das Volk noch mit viel größerer Voraussicht und Einsicht die Maßnahmen unterstützen, die es unter allen Umständen sichern und befähigen, mit Ehren auch auf den größeren Gebieten der Weltpolitik auftreten zu können. Wir sind in Deutschland zu groß geworden, um wieder klein zu werden; wir können keine bloße Landmacht mehr bleiben. Unser Wohl und Wehe hängt von viel größeren Gesichtspunkten ab, von unserer Stellung im großen Weltverkehr. Man mag das für wünschenswerth halten oder nicht, Thatsache ist es. Die Konsequenz einer negativen Haltung des Reichstags würde nicht blos der Nation schädlich sein, sondern auch der Partei, die diese negative Haltung einnimmt. Gewiß, unsere Aufgabe in Deutschland ist eine sehr schwierige. Wir liegen mitten in Europa, an beiden Seiten die größten Militärmächte. Dazu kommt eine so starke Bevölkerung, daß die innere Produktion nothwendig unsere Grenzen überschreiten muß, daß die Beschäftigung eines großen Theils unseres Volkes unmöglich ist ohne einen starken Export. So werden wir nothgedrungen auf den Weltmarkt verwiesen, und wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Wenn Sie das nicht wollen, nun, dann wird nicht Fortschritt, sondern Rückgang und Verkümmerung das Loos des deutschen Volkes sein. (Sehr richtig! rechts. Lachen bei den Soz.) Aber wir können auch Opfer bringen. Ich bin doch in finanziellen Dingen genau bewandert und habe die Entwickelung des Wohlstandes im deutschen Volk aufs Sorgfältigste beobachtet. Ich bin fest überzeugt, daß wir uns kein zu großes Ziel gesetzt haben, daß wir nicht leichtsinnig mit den Ausgaben zur Vertheidigung des Landes, zur Sicherung unsere Ehre und Selbständigkeit vorgehen, wenn wir nicht blos ein starkes Landheer, sondern auch eine starke Flotte haben wollen. Und ich bin überzeugt, daß bei näherer Prüfung der Vorlage auch die Herren vom Centrum wie das erste Mal, so auch diesmal von der Nothwendigkeit der Sache durchdrungen werden. Man hat hier keine Wahl: Rückwärts wollen wir doch nicht mehr. Wir müssen vorwärts. Dann müssen wir aber auch die nothwendigen Konsequenzen tragen und die nöthigen Opfer dafür bringen. Möge das Centrum, mit dem ich mich ja jetzt zu meinem Bedauern viel habe beschäftigen müssen, in dieser Frage seinen eigenen Spuren folgen. Bisweilen früher hatte ich den Eindruck, daß in der Reichspolitik das Centrum unter seiner damaligen Führung zu sehr den Blick auf die Einzelstaaten gerichtet hat, und daß das Reich erst in zweiter Linie kam. Heute, von meinem finanziellen Standpunkt aus — wollen mir die Herren das nicht übel nehmen — denke ich bisweilen: das Centrum ist zu reichsfreundlich; es ignorirt mir zu sehr die Interessen der Einzelstaaten. Aber, m. H., hier sind Einzelstaat und Reich vollständig eins. Fürsten und Regierungen der Staaten Deutschlands wollen dies Opfer bringen, weil sie es für nöthig halten. Hier ist kein Gegensatz zwischen Staat und Reich. Hier möge daher Alles zu gedeihlichem Ende zusammenwirken. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) verzichtet auf das Wort zu Gunsten des Abg. Dr. Lieber.

Abg. Dr. **Lieber** (Z.): Ich bin dem Abg. Dr. Sattler ganz besonders dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit gab, dem Herrn Staats- und Finanzminister Dr. von Miquel sofort zu antworten. Zunächst gebe ich meiner Freude darüber Ausdruck, daß es mir gelungen ist, den verehrten Herrn, den wir so lange Jahre hier nicht gesehen haben, wieder einmal in unsere Mitte zu führen. (Heiterkeit.) Ich kann auch vollauf bestätigen, daß es richtig ist, daß bis vor Kurzem noch zwischen uns gute persönliche Beziehungen obgewaltet haben. Wenn der verehrte Herr auf einzelne Unterredungen, Besuche und dergleichen private Vorgänge hingewiesen hat, so folge ich nicht seinem Vorgange, sondern der guten Uebung aller Berliner Parlamente, seit ich denselben anzugehören den Vorzug habe, von privaten Unterhandlungen öffentlich nichts zu verlautbaren. (Sehr gut! im Centrum.) Ich kann mir nur erlauben, den thatsächlichen Irrthum des verehrten Herrn hinsichtlich meines letzten Besuchs bei ihm zu berichtigen. Der Besuch hat „nicht nach dem Scheitern der Kanalvorlage stattgefunden, sondern in der großen Zwischenpause, die das preußische Abgeordnetenhaus im Sommer vorigen Jahres gemacht hat. Herr von Miquel selbst wird die Richtigkeit dieser Darstellung nicht in Zweifel ziehen. Wenn der verehrte Herr geglaubt hat, eine Kritik an meiner angeblichen Kritik der Hamburger Kaiserrede nochmals üben zu sollen, nachdem das gestern schon der Herr Reichskanzler gethan hat, worauf der Präsident dieses Hauses, der deswegen heute auch nicht leer ausgegangen ist, das Nöthige erklärt hat, so bemerke ich, daß ich mir niemals das Recht streitig machen lassen werde, soweit es die Geschäftsordnung erlaubt und der Präsident es gestattet, als Vertreter des deutschen Volkes auch von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser, in aller Ehrerbietung und aller Entschiedenheit, das zu sagen, was ich zu sagen für nöthig halte. (Beifall im Centrum.) Ich habe indessen

weniger eine Kritik an der Rede geübt, als vielmehr dem tiefen Bedauern und dem schmerzlichen Empfinden darüber Ausdruck gegeben, daß Se. Majestät dem deutschen Volke zugetraut haben könnte, die Partei über das Wohl des Landes zu stellen.

Der Minister hat sich besonders darüber beschwert gefühlt, und das wird ihn ja wohl hierher geführt haben, daß ich mir erlaubt habe, seine Person mit dieser Allerhöchsten Kundgebung in Verbindung zu bringen. Der Minister irrt darin, wenn er glaubt, ich hätte ihn dabei zu den unverantwortlichen Rathgebern der Krone gezählt. Ich habe zunächst von unverantwortlichen Personen gesprochen, dann von verantwortlichen, die hier säßen, und schließlich von Leuten, unter deren Portraits, er sein eigenes zu erkennen — nun, wie soll ich sagen — die große Güte gehabt hat. (Heiterkeit.) Es ist für den Portraitmaler ehrenvoll und schmeichelhaft, daß er so ähnlich gemalt hat. (Erneute Heiterkeit.) Ich leugne auch gar nicht, daß ich von solchen Leuten sprach, wie sie der Minister im Auge gehabt hat. Ich erinnere mich dabei der Thatsache, daß der gegenwärtige preußische Finanzminister, noch ehe er in allernächster Nähe Sr. Majestät auf eine der höchsten Stellen des Staatslebens berufen wurde, öffentlich alle politischen Parteien für überlebt erklärt hat. Was lag also näher, als von einem Manne, der eine solche Anschauung ausgesprochen, von dem es ein öffentliches Geheimniß ist, daß er nicht zu den geringsten Rathgebern des Kaisers gehört, zu behaupten, daß er auch mit dieser Ansicht auch vor dem Kaiser nicht hinter dem Berge gehalten haben wird. Es ist dabei durchaus nicht von mir behauptet worden, der Minister habe das mit Rücksicht auf die Flottenfrage oder zum Zwecke der Hamburger Kundgebung gethan. Ich habe es nur als einen Schaden bezeichnet, daß Männer von solchen Ansichten in der Lage sind, früher oder später darauf einzuwirken, daß sich solche Vorstellungen festsetzen, die der Wahrheit der Thatsachen widersprechen. Nun sagt der Minister: Woher der plötzliche Zorn des Dr. Lieber? Ich will ihm darauf eine offene Antwort geben; ich erkenne durchaus an, daß er die konfessionellen Fragen in unserem Vaterlande mit größter Objektivität zu Zeiten behandelt hat, in denen Andere es in einer für uns sehr schmerzvollen Weise gethan haben. Es ist mir auch eine wahre Genugthuung, dem Minister weiter zuzugestehen, daß ich mit ihm seit langen Jahren sowohl im preußischen Abgeordnetenhause, wie hier im Reichstage, in Frieden, Eintracht und gegenseitigem Verständniß gemeinsam gearbeitet habe.

Wenn er mich nun fragt, woher der plötzliche Zorn, so will ich für heute nur drei Dinge erwähnen; zunächst: Ich glaube, seit langen Jahren die zutreffende Beobachtung gemacht zu haben, daß es der preußische Finanzminister war, der das Abgeordnetenhaus gegen diejenige Finanzpolitik im Reich immer mobil machte, welche meine politischen Freunde wesentlich mit ins Leben riefen und bis hierher durchzuführen geholfen haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich habe mich davon überzeugt, daß dies ein verhängnißvolles Thun des verehrten Herrn ist, weil ich mir sagen muß, in dem Maße, wie es vom Staatssekretär des Innern hier beklagt ist, liegt darin die zunehmende Reichsverdrossenheit. Der bairische und würtembergische Partikularismus kann keine bessere Rechtfertigung finden als gerade die systematische Hegung des preußischen Partikularismus gegen das Reich. Der Minister hat sich ja auch heute nicht enthalten, derartige Anspielungen zu machen, meine Freunde als zu reichsfreundlich und zu wenig freundlich gegenüber den Einzelstaaten hinzustellen. Ein derartiger Feldzug des preußischen Abgeordnetenhauses gegen den deutschen Reichstag, wie er unter seiner Aegide geführt worden ist, und wovon die größten Nachtheile für das deutsche Reich ausgehen müssen, die nur geeignet sind, die Parteien aufzuhetzen und die Parteigegensätze zu verschärfen, kann unmöglich zum Besten des Landes dienen. Ich komme dann auf die Erfahrungen, die ich bei dem Flottengesetz von 1897 gemacht habe, auf eine Frage, deren Lösung ich allerdings spät, aber in durchaus zuverlässiger Weise gefunden habe. Daß ich bei dem Zustandekommen des Flottengesetzes von 1897 zu den am besten Unterrichteten gehört habe, wird wohl von keiner Seite bestritten werden. Auch Herr von Miquel wird das nicht leugnen. Es gab eine Zeit, in der es nach schweren Mühen gelungen war, durch die Annahme der Deckungsparagraphen seitens einzelner Parteien, die sich dazu zusammengefunden hatten, das endgiltige Zustandekommen des Flottengesetzes zu sichern. In dem Augenblick aber, wo das Gesetz endgiltig gesichert erschien, wurden mir Schwierigkeiten bekannt, die sich auf diesen Deckungsparagraphen bezogen, Schwierigkeiten, die an die preußischen Finanzen anknüpften und die der endgiltigen Annahme des Gesetzes seitens des Bundesraths, wenigstens seitens der preußischen Stimmen, ernstliche Gefahr zu bringen drohten. Die Krisis hatte sich damals — ich bin jedenfalls so glaubwürdig wie möglich unterrichtet — sogar dahin zugespitzt, daß es einen Augenblick fraglich zu sein schien, ob der verdiente Staatssekretär, der das Flottengesetz eingebracht hatte, diese Schwierigkeiten ferner überwinden würde. (Hört! hört!) Erst im verwichenen Sommer habe ich Klarheit darüber erhalten, daß Herr von Miquel daran nicht unschuldig war. (Hört! hört!) Ich komme zu dem Friedenspräsenzstärkegesetz, das wir im vorigen Jahre verabschiedet haben. Auch dabei war in der Budgetkommission nach langen Mühen eine Verständigung gewonnen worden, bezüglich deren die Mehrheitsparteien der Kommission die begründete Annahme hegten, diese Verständigung werde sowohl in militärischer wie in politischer Hinsicht die Genehmigung aller derjenigen Instanzen finden, die außerhalb des Reichstags darüber zu befinden hatten. Wir waren aus der Budgetkommission weggegangen in der Ueberzeugung, die Vorlage komme in Frieden zur Verabschiedung. Da urplötzlich wurde die schwer gefundene Verständigung mit dem Stigma der Unannehmbarkeit belegt, und wieder spitzte sich die Krisis so zu, daß in jedem Augenblick die Auflösung des Reichstages erwartet werden konnte. Auch für die Schwierigkeiten, die sich damals aufthürmten und deren schließliche Lösung nur mit Aufgebot außerordentlicher Mühe noch im letzten Augenblicke gelungen ist, ist es mir erst kurz vor Schluß des Landtages gelungen, die Quelle zu entdecken und glaubwürdig zu erfahren, daß es wiederum Herr von Miquel gewesen ist, der die Schwierigkeiten verursacht oder doch mitverursacht hat, aus denen sich beinahe jene große Katastrophe entwickelt hätte, die wir alle zu vermeiden bestrebt waren. (Zurufe rechts: Namen nennen!) Sie können mich todt schlagen, ich nenne keine Namen. Hier steht Mann gegen Mann, und ich beanspruche für mich dieselbe Glaubwürdigkeit, wie Herr von Miquel. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Ich gebe dem Minister zu, daß ich der Meinung war, in redlichem Zusammenwirken mit ihnen das Zustandekommen der Kanalvorlage fördern zu können, er wird sich meine Ueberraschung vorstellen können, als mir am Tage nach dem Scheitern der Kanalvorlage das aus seinem Munde gekommene Wort überbracht wurde, das er dem ersten besten Berichterstatter, der ihm an dem Morgen begegnete, mit der Parole angelassen habe: Das Centrum ist am Falle der Kanalvorlage Schuld. (Hört, hört! im Centrum.) Nachdem ich dieses Wort gehört habe, habe ich allerdings meine politische Freundschaft mit dem Herrn Staats- und Finanzminister Dr. v. Miquel einer Revision zu unterziehen für nöthig gehalten (Heiterkeit). Ich freue mich aber, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, ihm offen und rückhaltlos zu antworten auf seine Frage, woher der plötzliche Zorn des Herrn Dr. Lieber? Ich will gern seiner hochherzigen Erklärung, daß er sich dadurch in seiner politischen Haltung nicht beirren lassen werde, auch die meinige entgegensetzen: Auch wir werden so wie der Minister seinerseits das Wohl des Vaterlandes in jedem Augenblick und bei jeder Gelegenheit obenan stellen, wir wollen es an uns nicht fehlen lassen darin, daß auch für uns das Wohl des Vaterlandes über die Mißstimmung über einen Minister weit erhaben ist. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Minister Dr. **v. Miquel**: Was ich erfahren habe, ist doch richtiger, als das, was Herr Lieber erfahren hat, denn alles, was er mir vorwirft, ist einmal falsch (Heiterkeit), und zweitens erklärt es einen plötzlichen Umschwung nicht, weil alle diese Dinge Jahre lang zurückliegen (Oho! im Centrum, lebhafter Widerspruch links und im Centrum; Zurut: Kanal!), also unmöglich den Wechsel in den Anschauungen des Abg. Lieber von heute auf morgen erklären können. Es ist durchaus falsch, daß ich von jeher der Reichsfinanzpolitik, wie sie das Centrum vertreten will, entgegengearbeitet habe; im Gegentheil, ich habe die Verdienste des Abg. Lieber um die Reichsfinanzpolitik offen anerkannt, und es giebt nicht einen bezüglichen Beschluß des Reichstages, gegen den ich mich aufgelehnt habe. Nicht einen! (Widerspruch im Centrum.) Nicht einen! Was die Deckungsfrage für die Flotte anlangt, so handelte es sich seiner Zeit allerdings um eine höchst bedenkliche Beschlußfassung des Reichstages. Eine solche Bindung für den Reichstag und die Bundesregierungen in Bezug auf die Handhabung der Finanzen war, wie wir uns überzeugten, sehr wenig angenehm. Wir haben aber unsere Bedenken im Interesse des Zustandekommens der Vorlage dann in der zweiten Lesung ausdrücklich zurückgestellt und ohne jeden Widerstand zugestimmt. So liegt dieser Fall; ich weiß also nicht, wie mich dabei irgend ein Vorwurf treffen kann. Daß ich bei der Friedenspräsenzvorlage Schwierigkeiten gemacht hätte, die das ganze Gesetz beinahe zum Scheitern gebracht hätten, ist mir vollkommen neu. Im Gegentheil, von meinem finanziellen Standpunkte aus hätte ich ja die vom Reichstage beschlossenen Abstriche nur mit Freuden begrüßen können; wie hätte ich also dazu kommen sollen, ich als Finanzmann, den Beschlüssen des Reichstages Schwierigkeiten zu bereiten? Also auch dieser Vorwurf trifft nicht zu. (Die beiden nächsten Sätze des Redners, der bis dahin mit sehr deutlicher Stimme gesprochen hatte, werden plötzlich mit so leiser Stimme gesprochen, daß sie auch von den Abgeordneten nicht zu verstehen waren. Lebhafte Rufe: lauter! lauter!) Herr Dr. Lieber hat in seiner Finanzrede gesagt, es wäre nicht richtig, die jetzt geplante Flottenvermehrung durch Anleihen aufzubringen; solche Ausgaben müßten aus dem Ordinarium gedeckt werden. Herr Lieber weiß ganz genau, daß ich unnütze Anleihen für schädlich halte, aber der Bau neuer Schiffe ist zwar nicht direkt produktiv, wohl aber indirekt produktiv in höchstem Grade, genau so wie die Aufwendungen für unsere Armee. Solche Aufwendungen sind doch prinzipiell nicht anders zu nehmen, als die 50—100 Millionen, die wir in Preußen alljährlich in unsere Eisenbahnen stecken (Lachen links und im Centrum), sie bedeuten nichts weiter als Meliorationsarbeiten, bei denen man auf eine Rente mit Sicherheit nicht rechnen kann. Darin stimme ich freilich mit Herrn Lieber überein: Es ist sehr erwünscht, eine starke Schuldentilgung für diese Anleihen zu haben, und sie wird sich innerhalb einer die Matrikularumlagen nicht erschöpfenden Finanzverwaltung des Reiches auch sehr wohl ermöglichen lassen. Jedenfalls aber halte ich es für unmöglich, alle neuen Schiffe aus laufenden Mitteln zu bauen.

Nun zum Schluß! Herr Lieber leitet aus einem gelegentlich von mir gebrauchten Worte „die gegenwärtigen Parteien seien in ihrer gegenwärtigen Konstruktion Produkte vergangener Zustände", die Annahme her und wagt sie auszusprechen, daß ich Seiner Majestät gegenüber das deutsche Volk verdächtigt habe. Nun meine Herren, ich spreche das nur so aus, eine Kritik werde ich nicht daran knüpfen. Ich habe mehr Respekt vor der Ehre eines Mitmenschen, um auf solche Vermuthungen hin solche Geschichten auszustreuen. (Beifall rechts. Lebhafte Zurufe links und im Centrum: Kanal! Kanal!)

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Ich bin nicht in der Rolle des tertius gaudiens zwischen den beiden streitenden redegewaltigen Herren (Heiterkeit), die vor mir gesprochen haben. Ich bin auch nicht in der Rolle der gaudiens überhaupt, nämlich weil ich genöthigt bin, nach diesen beiden Herren zu sprechen. Ich bin aber in der Rolle desjenigen, der sich wohl zu hüten hat, in solch einen Streit zwischen zwei so redegewaltigen Herren einzugreifen. Dennoch kann ich es nicht unterlassen, wenigstens an einen Punkt der Ausführungen in dem Duell, welches wir heute haben hier ausfechten sehen, anzuknüpfen, obwohl ich nach dem Frieden, den die beiden Herren miteinander geschlossen haben (Na! na! im Centrum), mich blos der Gefahr ausgesetzt sehe, daß sie schließlich von beiden Seiten auf mich einhauen. (Große Heiterkeit.)

Der Finanzminister ist auf den einen Punkt, den Herr Dr. Lieber hervorgehoben hat, soviel ich gehört habe, mit keinem Worte eingegangen, (Sehr richtig!) und das war der Punkt, daß nach dem Scheitern der Kanalvorlage dem Centrum der Vorwurf von ihm gemacht sei, dies veranlaßt zu haben. Hier möchte ich aus meiner Kenntniß der Sache einen Zusatz machen. Als die Kanalvorlage gescheitert war, da erschienen am andern Tage, und zwar in offiziösen Blättern (Hört! hört! bei den Nat.-Lib.) Darstellungen, welche behaupteten, die eigentlichen Totengräber des Kanals wären die National-Liberalen und Liberalen, welche gegen, nicht für den Theilkanal hätten stimmen wollen. Da war es also nicht das Centrum, da sollten wir es gewesen sein und zwar aus Herrschsucht und Herrschbegier. Ich untersuche nicht, an welcher Stelle diese Verdächtigungen gegen uns ausgesprochen sind. Jedenfalls aber sind sie von einer Stelle gekommen, welche von dem Augenblick an, wo die Kanalvorlage gescheitert war, die Parole ausgegeben hat: Trotzdem keine Feindschaft mit den Gegnern, welche ihn zu Fall gebracht haben — welche die Parole ausgegeben hat: trotzdem kann die Regierung nur mit den Konservativen und nicht ohne sie regieren. (Sehr richtig!) Von der Stelle aus muß eine solche Verdächtigung, welche ich auf das Schärfste zurückweise, ausgegangen sein. Ich untersuche nicht, woher sie kommt, aber wenn man hier noch in dieser Weise über das Geschick der Kanalvorlage redet, so werde auch ich mir nicht das Recht nehmen lassen, meinerseits mein Wort dazu zu sagen. Im Uebrigen verweise ich die weiteren Ausführungen über diese Sache in den Landtag, wohin sie ja eigentlich gehört.

Zunächst wende ich mich nun zum Grafen Limburg, der gestern als Wortführer der Konservativen dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum ausgestellt hat, wie es kräftiger eigentlich nicht gut ausgesprochen werden konnte. Ich setze voraus, daß dies beruht auf einem sehr scharfen Beschluß der konservativen Fraktion, denn die Art, wie dieses Mißtrauensvotum dann später unterstrichen wurde, war eine so herbe und so wenig höfliche, daß wenn nicht ein Fraktionsbeschluß vorhergegangen wäre, Graf Limburg persönlich wohl nicht die Neigung gehabt hätte, dies bei seinem Verhältniß zum Reichskanzler auszusprechen. Wir würden uns eines Mangels an Höflichkeit schuldig machen den Konservativen gegenüber, wenn wir nicht dieses Mißtrauensvotum in Betracht ziehen wollten. Denn wenigstens nach Ansicht der konservativen Presse ist ja die Thatsache feststehend, daß ohne sie nicht regiert werden darf. Deshalb bin ich genöthigt, Namens meiner Freunde zu erklären, daß wir uns diesem Mißtrauensvotum gegen den Herrn Reichskanzler in keiner Weise anschließen können. (Beifall links und im Centrum.) Wir haben seinen Eintritt in sein Amt begrüßt, weil wir Vertrauen hatten zu seinen bewährten Patriotismus, zu seiner reichen Erfahrung und zu seinem weiten Blick für die Erfordernisse der Zeit. (Erneuter Beifall.) In diesem Vertrauen sind wir nicht getäuscht, sondern wir haben dasselbe auch jetzt noch zu ihm, besonders in Betreff der auswärtigen Politik. Selbst Graf Limburg hat ja die gegenwärtige auswärtige Politik der deutschen Reichsregierung sehr gepriesen und gelobt; er hob hervor, sie sei wieder eingelenkt in die Bahnen der Politik des Fürsten Bismarck, welcher neben dem Dreibunde vor allem auf ein gutes Verhältniß zu Rußland großes Gewicht gelegt hat. Herr Graf! Ich stimme darin mit Ihnen überein. Aber ist es denn gerecht, oder auch nur ganz schön von Ihnen, wenn Sie lediglich dem jüngeren neuen Herrn von Bülow dafür Ihr Kompliment machen, anstatt anzuerkennen, daß auch der alte Fürst Hohenlohe vor dem Eintritt des Grafen Bülow wieder in die Bahnen des Fürsten Bismarck eingelenkt hat. (Sehr richtig! links). Ich meine, es ist nicht schön, wenn man die Verdienste des Alten vollständig durch die Verdienste des Neuen in den Hintergrund drängen läßt, und ich meine, gerade in der auswärtigen Politik haben wir allen Anlaß, die Thätigkeit des Reichskanzlers voll anzuerkennen. (Beifall links.) Auch die Aufhebung des Verbindungsverbots hat uns den freien Blick des Reichskanzlers für die Erfordernisse der Zeit bewiesen. Wenn man Einrichtungen hinwegräumt, die von allen Seiten als unhaltbar, unnütz und schädlich erkannt sind, so erwirbt man sich ein Verdienst. (Beifall.) Das ist von allen Seiten anerkannt worden, denn auch die Konservativen haben zugegeben, daß sie auf das Verbot kein Gewicht legten. Eine Regierung handelt nur weise, wenn sie Imponderabilien berücksichtigt, wenn sie allgemein verurtheilte Einrichtungen abschafft, denn dadurch wird ein vertrauensvolles Zusammengehen der Mehrheit der Volksvertretung und der Regierung erleichtert und ermöglicht. Auf Forderungen, welche von Seiten der Mehrheit der Volksvertretung gestellt sind, die aber bei der Minderheit lebhafte Aufregung hervorrufen würden, hat natürlich meine Bemerkung keinen Bezug. Von der Behauptung, daß das katholische Volk sich in Deutschland nicht wohl fühlen könne, habe ich aber doch nicht den Eindruck, daß sie sehr ernsthaft gemeint ist. Ich glaube, auch Herr Lieber selbst fühlt sich ganz wohl in Deutschland; sollte er das aber nicht thun, so liegt das ganz gewiß an seiner nassauischen Gegend (Heiterkeit), seine rheinischen Freunde wenigstens fühlen sich hier ganz ungebeuer wohl, ich brauche mich da nur auf unsern Kollegen Trimborn zu berufen. (Erneute Heiterkeit.) Der fühlt sich so wohl in seiner Haut im preußischen Staat und deutschen Reich, daß er auf der Katholikenversammlung in Neisse am Schluß seines einleitenden Vortrags seine katholischen Mitbürger aufforderte: servite Domino in laetitia, dienet dem Herrn in Frohsinn und Freudigkeit. Ja, wenn man dem Herrn in Freudigkeit dienen kann und will und dies gewissermaßen als Programm für eine große katholische Versammlung aufstellen kann, dann ist mir das ein klarer Beweis dafür, daß das Gefühl des Unwohlseins bei den Katholiken durchaus nicht in der Weise Platz gegriffen hat, wie der Abg. Dr. Lieber es gestern andeutete. (Heiterkeit.) Ich rathe ihm daher, wenn er in seiner nassauischen Gegend sich so unwohl fühlt, dann möge er seinen Freund in Köln besuchen und dort das frohe rheinische Leben genießen, dann wird er sehen, daß das katholische Volk in Deutschland sich sehr wohl fühlt, obgleich nicht alle seine Wünsche erfüllt sind mit Rücksicht auf Andersgläubige.

Herr Graf Limburg sagte, er wolle sich an den alten parlamentarischen Brauch halten, Kaiserreden in der Debatte nicht zu erwähnen. Früher war ich auch der Meinung, daß das das Richtige sei, aber diesmal war es in der That nicht möglich. Ich habe sogar die Ueberzeugung, die Veröffentlichung der beiden Reden in Hamburg und in Dortmund, die sich ja beide vollständig ergänzen, im Reichsanzeiger — die eine sogar in einer Extraausgabe — ist sogar in der Absicht erfolgt, damit das ganze deutsche Volk diejenigen Gegenstände, die in dieser Rede behandelt sind, bespricht und sich zu Herzen nimmt. Deshalb kann auch der Reichstag nicht umhin, darauf einzugehen. Namens meiner Freunde kann ich sagen, daß wir unserem Kaiser dankbar dafür sind, daß er in dieser Weise mit weitem Blick gezeigt hat, welche Sorge er dafür hat, die weitere Entwicklung des Volkes zu betreiben. Wir stimmen mit ihm darin überein, aber auch mit dem Präsidenten des bairischen Ministeriums, der ähnliche Ausführungen in der bairischen Kammer gemacht hat. Wir sind dem Kaiser dankbar dafür, daß er so offen und klar die Aufgaben bezeichnet hat, welche die deutsche Politik und das deutsche Volk einschlagen muß. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Dr. Lieber hat so sehr bedauert, daß in dieser Rede ein so schwerer, scharfer Tadel des Volkes enthalten sei. Ich bin anderer Meinung als der Abg. Dr. Lieber. Ich habe in der Rede eine Mahnung gesehen. Und wenn der Abg. Dr. Lieber gemeint hat, dieser Tadel erstrecke sich auf das Verhalten der Mehrheit des Reichstages gegenüber der Flottenvorlage und der Vermehrung der Flotte, und die Rede in Gegensatz zu bringen gesucht hat gegen die Thronrede, mit der vor 1½ Jahren der Reichstag geschlossen ist, so hat er dabei übersehen, oder nicht richtig aufgefaßt — denn übersehen hat er es nicht — daß unser Kaiser, als er mit ernsten, bewegten Worten von der Nothwendigkeit der Schaffung einer größeren Flotte sprach, tadelnd zurückgeblickt hat nur auf die ersten acht Jahre seiner Regierung. Wenn Dr. Lieber gewollt hätte, so hätte er die Rede so auslegen können, daß darin eine Anerkennung für die andre Haltung des Reichstags seit der Bewilligung des neuen Flottengesetzes zu erblicken war. Er brauchte nicht die Rede so aufzufassen, daß er darin einen Tadel für die deutsche Volksvertretung erblickte. Wenn unser Kaiser von Zersplitterung der Parteien sprach, hat er denn darin nicht Recht? Sie, Herr Dr. Lieber, verstehen allerdings besser, Ihre Parteigenossen zusammenzuhalten, weil die Organisation der Geistlichkeit das Band ist, welches Ihre Wähler zusammen hält. (Oho! im Centrum.) Um so größer aber ist die Zersplitterung bei den andern Parteien. Hat der Kaiser da nicht Recht, wäre es nicht besser, solche Zersplitterung wäre nicht vorhanden? Da kann man dem Kaiser doch nicht ein mahnendes Wort verwehren. Dr. Lieber hat auf die Verdienste des Centrums in den letzten Jahren bei dem bürgerlichen Gesetzbuch u. s. w. hingewiesen. Ich erkenne es vollständig an, daß das Centrum sich damit auf den Boden gestellt hat, die nationalen Fragen aus dem Parteigetriebe auszuscheiden. Aber ist das denn im ganzen Reichstag so? Denken Sie doch an Bebels Rede in Hannover über das Milizsystem, wo er sagte, wir sind für das Milizsystem aus Klasseninteresse. Also er hat diese wichtige nationale Frage nur vom Klasseninteresse aus behandelt. Da ist eine Warnung und ein Tadel doch berechtigt.

Dem Abg. Bebel möchte ich noch einige Worte widmen. Bei ihm geht es ohne einige Mauserungen nicht ab. Gestern hat er selbst wieder erklärt, daß er sich in der Boerenfrage gemausert hat, und daß er aus einem Föderalisten ein Centralist geworden sei, und dann hat er gestern ein Programm aufgestellt, das er vielleicht aus den Reden der nationalliberalen Abgeordneten im Landtage sich zusammengesucht hat. Er sprach von der Sorge für Volksbildung, Schulen, Meliorationen, Hebung der Verkehrswege, u. s. w., kurz und gut, alles Ausführungen, die wir stets gemacht haben. Das Schlimmste ist nur, daß er all dies nur vom einseitigen Klasseninteresse aus will, und deshalb werden wir uns nie vertragen können.

Was den Etat als solchen anlangt, so sind wir diesmal nicht in der Lage, unser Arbeitsprogramm in der Weise zu überblicken, wie sonst, wenn es uns in einer Thronrede oder in anderen Ausführungen dargelegt wird. Das ist eine Unzuträglichkeit der Vertagung, dagegen haben wir den Vortheil, daß diesmal die ganze Sozialpolitik aus der Berathung von den Rednern ausgeschieden ist, weil sie schon früher Gelegenheit hatten, sich darüber zu äußern. Der Schatzsekretär hat in den gegenwärtigen Etat die Ausgaben der Betriebsverwaltungen, der Reichspost, der Reichsdruckerei und der Reichseisenbahnen mit eingestellt und damit einen Schritt zur Bruttoetatisirung gethan; aber er weiß selber, daß er damit die Bruttoetatisirung durchaus noch nicht durchgeführt hat. Es sind zum Beispiel nicht die Erhebungskosten für die großen Verbrauchssteuern in den Etat eingestellt, ebensowenig die Einnahmen der Remontedepots u. s. w., es sind also noch schwierige Schritte zu thun, um die Bruttoetatisirung durchzuführen; ich bitte den Schatzsekretär auch, nachdem das Zustandekommen der Reichsschuldenordnung keinem Zweifel mehr unterliegt, die Ausarbeitung eines Komptabilitätsgesetzes in Angriff zu nehmen. Nach meiner Ueberzeugung hat das Reich das Komptabilitätsgesetz noch viel nöthiger als Preußen, wo es nach langjährigem Streit endlich verabschiedet ist. Auch die Scheidung zwischen ordentlichem und außerordentlichem Etat müßte noch deutlicher werden. Beim Militäretat ist sie ja jetzt richtig durchgeführt, im Marine- und Eisenbahnetat ist das aber noch durchaus nicht der Fall. Im Eisenbahnetat ist z. B. die Erweiterung des Kolmarer Bahnhofs auf das Extraordinarium übernommen, während wenigstens in Preußen alle solche Ausgaben jetzt aus laufenden Mitteln

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gedeckt werden. Andererseits sind für Verbesserung der Telegraphenanlagen 28 Millionen in das Ordinarium eingestellt, von denen man zweifeln könnte, ob sie nicht aus Anleihemitteln zu decken wären, da es sich um werbende Anlagen handelt. Vor allen Dingen legt man aber bei der Marine viel zu viel auf Anleihen von dem, was durch laufende Mittel bewältigt werden müßte, insbesondere die Schiffsartillerie. Also wir können dem Schatzsekretär noch nicht das Zeugniß ausstellen, daß er einen, allen Ansprüchen genügenden Etat bereits aufgestellt hat, und wir bitten ihn hierauf in den nächsten Jahren sein eifriges Bemühen zu richten.

Mit dem Vorschlage der Beschaffung des Betriebsfonds durch Einbehaltung der den Einzelstaaten sonst aus den Ueberweisungssteuern zufließenden Mehreinnahmen sind wir einverstanden. Ich weise hierbei nur darauf hin, daß Baiern noch nicht wie die übrigen Staaten auch durch vorzeitige Zahlung der Matrikularbeiträge zur Durchführung des Betriebsfonds herangezogen werden kann, daß sich also hierbei wie bei verschiedenen anderen Punkten eine große Rücksichtnahme auf Baiern und die süddeutschen Staaten überhaupt zeigt (Hört, hört! links). Um so unverständlicher ist es mir, wie gerade in diesen Staaten sich so partikularistische Strömungen geltend machen können, wie wir sie kennen gelernt haben. (Sehr richtig! links.) Wie der würtembergische Ministerpräsident selbst anerkannt hat, hat es auf Seiten der Reichsverwaltung und Preußens nie an der nöthigen Rücksicht auf die Bedürfnisse Süddeutschlands gefehlt, und wir sehen, daß auch in diesem Falle Baiern wenigstens einen nicht unerheblichen Vortheil aus dem bisherigen Verfahren gehabt hat. — Gegen die Veranschlagung der Zölle und Verbrauchssteuern habe ich keine Einwendungen. Wenn man die Frage aufwirft, ob eine so hohe Veranschlagung der Zolleinnahmen richtig sei gegenüber den Ergebnissen der letzten Monate, so ist zu bedenken, daß die letzten Mindereinnahmen lediglich hervorgerufen sind aus der Mindereinfuhr an Getreide in Folge einer erfreulich guten Ernte. Die Posteinnahmen lassen sich diesmal sehr schwer veranschlagen, einmal wegen des neuen Postgesetzes; andrerseits aber kommt doch auch die Beseitigung der Privatposten sehr stark in Betracht, woraus sich eine Steigerung der Einnahmen der Post unzweifelhaft ergeben wird. Bei den Eisenbahnen ist mir unangenehm aufgefallen die stetige, sachte Steigerung der Betriebskoeffizienten, der ordentlichen Ausgaben gegenüber den ordentlichen Einnahmen. Natürlich hat darauf hingearbeitet die Erhöhung der Beamtengelder, zum Theil rührt die Steigerung aber auch aus den Aufwendungen aus den sachlichen Titeln, und das ist, wie ich hoffe nur zum Theil dauernd. Abhängig wird die Frage, ob die Einnahmen richtig veranschlagt sind, natürlich von der wirthschaftlichen Lage des Volkes. Es hat mich besonders gefreut, von dem Reichsschatzsekretär zu hören, daß er selbst eine Abspannung in unserer wirthschaftlichen Lage noch nicht erwartet. Diesen glänzenden Seiten stehen allerdings auch Schattenseiten gegenüber, so befindet sich z. B. die Textilindustrie in einer schweren Lage, auch die Lage der Zuckerindustrie ist nicht glänzend. Ebenfalls können wir nicht leugnen, daß der Mittelstand schwer zu kämpfen hat.

Der Staatssekretär meinte, die Einzelstaaten könnten ganz zufrieden sein, da sie in den letzten Jahren nicht so sehr zu den Matrikularbeiträgen herangezogen worden seien. Das ist zwar richtig, aber sie sollen nach dem vorliegenden Etat doch noch 12 Millionen wirkliche Matrikularbeiträge zahlen müssen, während sie früher noch vom Reich herausbekamen. Im Ganzen glaube ich, daß die Einnahmen so veranschlagt sind, daß sie wirklich einkommen.

Im Einzelnen habe ich anzuerkennen, daß auch in diesem Jahre wieder für Wohnungen der Arbeiter und unteren Beamten gesorgt werden soll. Bei der Ausbildung der Berufskonsuln muß mehr Gewicht auf eine kaufmännische Ausbildung gelegt werden, damit sie ihre Aufgaben wirklich im Interesse der Entwickelung von Handel und Verkehr in Deutschland erfüllen können. Ueber den Kolonialetat wird mein Freund Hasse noch später reden. Deshalb nur einige allgemeine Bemerkungen. Will man überhaupt Kolonien haben, so muß man auch Geld hineinstecken, um sie zu entwickeln. Zum Theil scheint man aber zu spät damit vorgegangen zu sein. So ist z. B. der Hafen in Swakopmund, von wo doch der Verkehr mit dem Mutterlande ausgehen muß, in einem entsetzlichen Zustande. Wir werden uns im Großen und Ganzen gegenüber den Aufwendungen zur Entwickelung der Marine nicht ablehnend verhalten; bedenklich erscheint uns nur die Forderung von 120 000 Mk. für die Vorarbeiten der Bahn in Central-Ostafrika, die im Ganzen 11 Millionen kosten soll. Ob die Bahn gebaut werden soll oder nicht, müssen wir erst in der Kommission gründlich prüfen, aber wenn man sie einmal bauen will, muß man jedenfalls mehr bewilligen als 120 000 Mk. Man weiß ja von vornherein, diese Anlagen sind jedenfalls nöthig für die Verbindung der Bahn mit den Landungsstätten den Brücken über die nächsten Ströme ꝛc. Man muß mit mehr Mitteln herangehen, diese 120 000 Mark erscheinen mir etwas komisch. Ob man die Bahn überhaupt bauen will, läßt sich natürlich erst nach gründlicher Kommissionsberathung entscheiden.

Beim Militäretat muß ich mein schmerzliches Bedauern darüber äußern, daß in den Kreisen der Offiziere noch immer das Spiel herrscht. Auch in dem Harmlosen-Prozeß hat es sich herausgestellt, daß in den Kreisen der Offiziere ganz außerordentlich viel und hoch gespielt wird, daß eine Mißachtung des väterlichen Vermögens existirt, die eine sehr trübe Erscheinung bildet. (Sehr richtig!) Namentlich dienen die Rennplätze dazu, die Spiellucht zu fördern. Die Regierung kann zwar in den Köpfen üppiger junger Leute die nöthige Achtung vor dem Gelde nicht erzielen, aber eins kann die Regierung doch, nämlich das Spiel im Heere mit Gewalt und vollständig unterdrücken. Wir glauben deshalb, daß die Militärverwaltung wiederum darauf hinzuweisen ist, daß sie nach dieser Richtung hin mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einschreitet. Denn für die Moral des ganzen Volkes ist ein solches Treiben, wie es der Harmlosen-Prozeß enthüllt hat, schädlich und erweckt auch sozialpolitisch die allerschlimmsten Folgen. (Sehr wahr! links.) Das Reichsmilitärgericht entspricht einem von uns lebhaft geäußerten Wunsche. Aber ich möchte doch fragen, wie man eigentlich die Sitzungen des obersten Militärgerichts abzuhalten gedenkt. Sollen sie etwa zu Pferde abgehalten werden? (Heiterkeit.) Ich finde nämlich im Etat für den Chef des Reichsmilitärgerichts ausgeworfen: zwei Adjutanten und 6 Rationen. Ich weiß nicht, was der Chef des Militärgerichts mit den 6 Rationen soll, wenn das Gericht nicht zu Pferde abgehalten werden soll. (Heiterkeit.)

Ich hoffe, man wird uns darüber in der Kommission Aufklärung geben, ob es überhaupt nöthig ist, diese Rationen und die Adjutanten zu bewilligen. Im Etat des Reichsamts des Innern finden sich verhältnißmäßig noch die meisten Neuerungen. Einige Aufwendungen für Kunst und Wissenschaft erfreuen uns, weil man unter all den Posten, die das materielle Leben betreffen, doch auch einmal einige Aufwendungen für ideale Zwecke sieht. Besonders hoffen wir, daß durch die Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt gute Ergebnisse für die Besserstellung unserer Arbeiter gewonnen werden. Wir bedauern aber, keine Aufwendungen zu finden für eine Neugestaltung der Arbeiterstatistischen Kommissionen. Es wäre für die Fortführung der Sozialpolitik von großer Bedeutung, ein dauernd beschäftigtes statistisches Amt zu haben. (Sehr richtig!) Ich möchte dann noch einige Wünsche von Freunden vorbringen, die mich darauf aufmerksam gemacht haben, daß es doch merkwürdig sei, wie bei der Ausschmückung des Reichstages vorgegangen werde. Man erkennt hier nirgendwo, zu welchem Zweck wir überhaupt da sind. Ich hoffe, daß die Kommission sich die Ausschmückungsfrage auch nach dieser Richtung hin einmal überlegen wird. Es ist uns ferner fraglich, ob die Aufwendung für das Feuerschiff auf der Sandettiebank wohl im Etat stände, wenn die Sandettiebank der Türkei oder Marokko gehören würde. Es wäre doch eigentlich Aufgabe der Macht, der die Sandettiebank gehört, dafür zu sorgen daß die Schifffahrt gefahrlos betrieben werden kann. In der auswärtigen Politik halten meine Freunde die Aufrechterhaltung des Dreibundes und das freundliche Verhältniß zu Rußland für die richtige Grundlage, und ich freue mich, daß wir nun auch von dem österreichischen auswärtigen Ministerium eine freundliche Kundgebung erhalten haben, während von Wien aus noch im vorigen Jahre recht unfreundliche Worte über die preußische und deutsche Politik fielen. Wir halten die Grundsätze des Grafen von Bülow für richtig, und wir haben uns darüber gefreut, wie er sich diplomatisch ausdrückte, nicht so undiplomatisch wie Minister anderer Staaten, die nicht einmal den nöthigen Unterschied zwischen Allianz und freundschaftlichem Einvernehmen machen. (Heiterkeit.) Das ist besser, als wenn die Minister durch starke Unterstreichung einzelner Worte rhetorischen Effekt zu erzielen suchen. Wir freuen uns natürlich auch, daß wir in ein gutes Verhältniß zu England gekommen sind, denn wir haben natürlich Interesse daran, auch mit dieser so sehr gewaltigen Macht in Freundschaft zu leben. Wir verhehlen dabei aber nicht, daß in dem gegenwärtigen Kriege auch unsere Sympathien auf Seiten der beiden Republiken stehen, deren wenig zahlreiche Bewohner mit äußerster Energie den Unabhängigkeitskampf gegen die große Weltmacht England unternommen haben. (Sehr gut! links.) Wir haben auch ein Recht dazu, diesen Sympathien Ausdruck zu geben, denn das Recht des Volkes ist es, auch in der auswärtigen Politik, sich zunächst bestimmen zu lassen durch die großen ethischen Gesichtspunkte des Rechts und des Bestrebens, den Unterdrückten gerecht zu werden. (Beifall links.) Aber wie dies das Recht des Volkes ist, so ist es bei der Regierung geradezu Pflicht, sich in ihrer Haltung anderen Mächten gegenüber nicht davon leiten zu lassen. (Sehr gut! links.) Die Regierung darf sich vielmehr lediglich beeinflussen lassen durch die Frage: Was ist nützlich und wichtig für das Wohl des eigenen Landes? (Zustimmung links.) Aus diesem Grunde stimmen wir auch dem Verhalten der Regierung und des Monarchen gegenüber England zu. Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß man die vollste Neutralität in dem Kriege beobachtet hat und daß man freundschaftliche Beziehungen zu England gepflegt hat, wo es am Platze war. Wir weisen die bezüglichen Angriffe gegen die Regierung zurück, erkennen vielmehr an, daß sie richtig gehandelt hat, so lebhaft die Sympathien unseres Herzens auch in dem Kampfe auf Seiten der der Unterdrückung ausgesetzten Minderzahl der Boeren sich befinden. (Beifall.) Ebenso hat Graf Bülow auch in der Samoafrage eine glückliche Hand gehabt, denn wenn der materielle Werth der Kolonie vielleicht nicht allzuhoch ist, so hat sie doch für uns einen großen Affektionswerth. Wenn wir uns also in voller Uebereinstimmung mit unserer auswärtigen Politik befinden, so verkennen wir doch nicht, daß die Hauptsache bei der ganzen auswärtigen Politik ist, daß sie getragen wird von der nöthigen Macht. (Sehr richtig!) Alle Politik richtet sich lediglich danach, ob ein Staat in der Lage ist, seine Interessen mit der nöthigen Macht zu unterstützen und aufrecht zu erhalten. Daß die deutsche Politik niemals anders als im Interesse des Friedens von der Waffengewalt Gebrauch macht, dafür hat die Geschichte des deutschen Reiches genügend Beweise geliefert. Und wenn es auch eine Zeit lang so aussah, als könnten in Samoa und anderen Punkten unangenehme Waffenkonflikte entstehen und wie uns mitgetheilt ist, es der allerhöchsten Ruhe und Klugheit der dortigen Deutschen bedurfte, um solche Konflikte zu verhindern, so kommt das eigentlich daher, weil wir zur See nicht die gehörige Macht hatten, um unsere Interessen im Frieden vertreten zu können. Damit komme ich zur Vermehrung der Flotte. Meine Freunde und ich stehen dem Gedanken, die Flotte zu vermehren, durchaus freundlich gegenüber, ja, halten ihn sogar für nothwendig. Es ist selbstverständlich, daß wir bei einer so großen Ausgabe nicht leicht an die Frage herangehen, ob sie nothwendig sind. Der Reichsschatzsekretär hat uns ausgerechnet, daß 783 Millionen allein zur Beschaffung der Schiffe nothwendig werden sollen. Vielleicht wird die Summe noch größer werden, weil die Materialpreise steigen. Am Schlusse der 16 Jahre, welche die Regierung zur Verdoppelung der Flotte in Aussicht nimmt, werden sich die dauernden Ausgaben um 153 Millionen gesteigert haben. Das sind Summen, an deren Bewilligung man wahrhaftig nicht leichten Herzens herangeht. Ich glaube daher, der Herr Schatzsekretär wird auch noch eine etwas andere Begründung für seine Aufstellung und für den Plan der Regierung von seinem finanziellen Standpunkt aus machen müssen, als in seinen letzten Ausführungen, worin er meinte: Na, 783 Millionen im Laufe von 16 Jahren aufzunehmen, das ist doch keine Kunst. Ich glaube, er wird in der Beziehung noch einem schweren Examen sich unterziehen müssen. Wir erkennen an, daß in den letzten Jahren eine Reihe von Machtfaktoren aufgetreten ist, denen wir die Spitze zu bieten in der Lage sein müssen. Das Auftreten Japans, die ungeheure Expansionspolitik Nordamerikas und Englands verpflichten uns zur Prüfung der Frage, ob wirklich unsere Seerüstungen ausreichend sind, um der Vertretung der deutschen Seeinteressen gerecht werden zu können. Wir dürfen uns in unseren Handelsbeziehungen nicht von anderen Staaten zuvorkommen lassen. Wir sehen, wie die Vereinigten Staaten den Versuch machen, die übrigen Theile ihres Festlandes immer mehr sich anzugliedern. Wenn das so fortdauert, so ist damit auch eine gewisse Gefahr für unser Deutschthum verbunden. (Sehr richtig!) Da müssen wir in der Lage sein, unsere Interessen wirksam zu vertreten. Wenn wir es auch mit Freuden begrüßen, daß gegenwärtig in Amerika nach der letzten Botschaft des Präsidenten der Republik die Stimmung für Deutschland günstig ist, so kann ich doch nicht leugnen, daß man dort früher in der Verletzung unserer Interessen sehr weit gegangen ist (Lebhafte Zustimmung), und daß wir gerade derartigen Bestrebungen gegenüber unsere Rüstungen im Stande halten müssen, um eventuell zu zeigen, daß wir die Macht haben, das zu vertreten, was wir für Recht erachten. (Beifall.) Das ist auch von der größten Bedeutung für unsere ganze Industrie, für das Wachsen unseres Exports und Imports. Angesichts der starken Zunahme unserer Bevölkerung, auf die wir meiner Meinung nach stolz sein können und worin ich einen Hauptfaktor für unsere ganze Entwickelung sehe, müssen wir alle Anstrengungen darauf richten, daß wir für unsere Industrieprodukte ein genügendes Absatzfeld sichern.

Der Schatzsekretär wird einen außerordentlich schweren Stand haben, wenn er die Forderungen, die kommen sollen, vertreten wird. Er wird das auch gestern schon gemerkt haben und sagte ja auch bereits, daß er die neue Vorlage nur mit schwerem Herzen einbringe. Denn gegenüber seinen früheren Erklärungen wird es schwer halten, nachzuweisen, daß in der That weitere Verstärkungen jetzt nothwendig sind. Das aber kann ich schon jetzt sagen, daß bei uns der Gedanke, daß wir unsere Flotte in der erforderlichen Weise verstärken müssen, sehr rege ist. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Ueberhaupt ist diese Anschauung in weiten Kreisen des deutschen Volkes ganz außerordentlich verbreitet. Ich bin daher der Meinung, daß die Flottenfrage in weiten Kreisen des Volkes äußerst populär ist. Um so wichtiger ist es, daß die Vertreter der Regierungen nun auch in der Art der Behandlung der Frage vorsichtig sind und sich vor allen verkehrten Schritten hüten (Sehr richtig!). Seine Majestät hat in seiner Rede das Ziel hingestellt, eine starke Flotte zu schaffen. Das ist das Recht des Monarchen, Ziele hinzustellen, nach denen wir streben sollen. Aber Aufgabe der verantwortlichen Rathgeber Seiner Majestät ist es nun, die richtigen Wege anzugeben, die zur Erreichung dieser Ziele einzuschlagen sind. Ich möchte vor Allem vor Uebertreibungen warnen (Sehr richtig!). Die Flottenfrage wird nur geschädigt durch Uebertreibung und durch Maßlosigkeit in der Agitation. Und davon bemerke ich allerdings einige Anzeichen. Ich möchte noch namentlich den Leitern des Flottenvereins entgegenhalten: Seid vorsichtig in der Wahl der Persönlichkeiten, die Ihr an die Spitze stellt. (Lebhafte Zustimmung). Denn gerade wenn ein großer Theil des Volkes mit seinem Herzen dafür ist, daß genügend geschieht, um die Wehrkraft des deutschen Reiches zur See zu stärken, dann ist es um so nothwendiger, daß man die Gefühle des Volkes nicht verletzt durch Persönlichkeiten. (Beifall.) Seien Sie also vorsichtig in der Agitation und überlegen Sie bei jedem Schritt genau die Folgen, die daraus entstehen können, damit nicht im Volke die Sympathie für die Flotte und ihre Vermehrung geschädigt wird.

Der Abg. Bebel hat sich gestern nicht gescheut, zu sagen, daß das deutsche Reich arbeiterfeindlich sei. Ich halte das für eine unverantwortliche Behauptung, und ich frage Sie: Welches andere Land thut so viel für seine Arbeiter wie Deutschland? Ich kenne kein Land, wo für die Arbeiter derartige Aufwendungen gemacht werden wie in Deutschland. Wenn nun so gethan wird, als ob die Flottenvermehrung die Interessen der Arbeiter schädige, so weise ich demgegenüber auf Folgendes hin. Wenn Sie sich die Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrhunderten ansehen, so sehen Sie, daß in keinem Lande die Entwickelung im Innern so sehr abhängig ist von der äußeren Macht wie in Deutschland. Die traurigen Folgen des 30jährigen Krieges haben eine Entwickelung der Nation verhindert bis zum letzten französischen Krieg. Den Einfluß der äußeren Machtstellung auf die wirthschaftliche Entwicklung kann man schon dadurch nachweisen! Kennen Sie irgend ein deutsches Rathhaus, welches gebaut ist zwischen dem westfälischen und dem Pariser Frieden? Außer in Berlin kenne ich nirgendwo ein Rathhaus, das in dieser Zeit entstanden wäre. Das ist in der That ein Zeichen, daß die Nation in dieser ganzen Zeit nicht in der Lage war, derartige Aufwendungen zu machen. Deutschland ist der beste Beweis dafür, daß auch für die wirthschaftliche Entwicklung die Macht und Unabhängigkeit nach außen eine nothwendige Grundlage ist. Nun aber, nachdem diese Macht erreicht ist, hat sich doch Deutschland über alles Erwarten entwickelt und zwar unter dem vorwiegenden Einfluß der bürgerlichen Gesellschaft, des Bürgerthums in Stadt und Land, welches wir vertreten. Und ich meine, wir wollen es hervorheben, daß das Bürgerthum in Stadt und Land allen Grund hat, auf diese Entwicklung der Zustände stolz zu sein, und daß es sich nicht von den Sozialdemokraten sagen zu lassen braucht, die Zustände seien unerhört. Wir brauchen ja nur das Ausland zu fragen; dort sieht man mit Bewunderung auf die Entwicklung, die Deutschland genommen hat. In Wissenschaft und Technik steht Deutschland obenan oder braucht wenigstens hinter keinem anderen Lande zurückzustehen. Die Landwirthschaft als Betrieb hat sich in einer ganz enormen Weise entwickelt. Ich habe schon wiederholt festgestellt, daß ich die schwere Lage, in der sich die Landwirthschaft befindet, durchaus anerkenne. Aber die Landwirthschaft als Technik, als Wissenschaft, als Betrieb hat sich in den letzten Jahrzehnten außerordentlich entwickelt. Die Entwickelung von Industrie und Handel erregt in vieler Beziehung den Neid der übrigen Nationen. Die Lebenshaltung des Volkes hat sich ungeheuer gebessert, nicht nur in einzelnen Klassen. Nein, diese Steigerung der Lebenshaltung im letzten Menschenalter erstreckt sich auf alle Klassen der Bevölkerung. Für die Arbeiter wird in Deutschland gesorgt wie in keinem anderen Lande. Damit wollen wir uns ja nicht etwa zufrieden geben, sondern wir wollen auf dem betretenen Wege weiter gehen. Aber es muß doch festgestellt werden daß Deutschland in dieser Beziehung hinter keinem Lande zurücksteht. Wir können also im Großen und Ganzen sagen: die Fortschritte, welche das deutsche Reich unter dem thätigen Einfluß des Bürgerthums in Stadt und Land gemacht hat, sind außerordentlich, und das deutsche Bürgerthum hat ganz Recht, wenn es sagt: Wir wollen diese unsere Stellung uns noch lange sichern, und uns noch lange nicht von den Herren Kommunisten verderben lassen. Darum hat es mich eigentlich erstaunt, daß in einzelnen Theilen des deutschen Reichs gegenüber den Flottenplänen ein so lebhafter Partikularismus aufgetreten ist und eine so lebhafte Abneigung gegen das neue deutsche Reich sich entwickelt hat. Wenn der Abg. Lieber gemeint hat, das komme daher, daß sich in Preußen ein so starker Partikularismus ausgebildet habe, so kann ich dem nicht zustimmen. Er hat hingewiesen auf das Verlangen der Reichsfinanzreform. Aber das ist doch kein speciell preußisches Interesse. Auch sonst werden Sie niemals bemerkt haben, daß in Preußen ein Partikularismus hervorgetreten sei. Die Erörterungen in den süddeutschen Landtagen haben ja die Veranlassung gegeben zu den vortrefflichen Ausführungen des bairischen Ministerpräsidenten. Aber an und für sich ist dies Ausgebetnehmen der Regierung wegen ihrer Stellungnahme im Bundesrath nicht günstig für die Entwickelung des Reichsgedankens. Der Partikularismus ist in der That ein schlimmer Feind unserer Entwicklung.

Sie sehen also, daß meine Freunde gewillt sind, Alles dasjenige zu bewilligen, was nothwendig ist nicht nur, um die Machtstellung des deutschen Reiches aufrecht zu erhalten, sondern auch um der weiteren Entwickelung des deutschen Volkes Ellenbogenraum zu schaffen. Wir sind überzeugt, daß wir alle Kraft anspannen müssen, um unsere wirthschaftliche Entwickelung zu fördern, und wir sind der Meinung, daß zu diesem Zwecke alle Klassen der Bevölkerung in möglicht gleicher und gerechter Weise herangezogen werden müssen. Das ist nur möglich, wenn man einen Ausgleich findet zwischen den verschiedenen Erwerbsklassen. Nicht Landwirthschaft gegen Industrie oder Handel, sondern sowohl Landwirthschaft wie Industrie und Handel müssen zu ihrem Recht kommen. Aber alle solche Maßnahmen sich nur möglich bei einem einigen Zusammengehen zwischen Regierung und Volksvertretung, sowie bei einem einheitlichen Zusammengehen zwischen dem Reich und Preußen. Man hat ja mehrmals den Versuch gemacht, das Amt des preußischen Ministerpräsidenten von dem des Reichskanzlers zu trennen; es hat sich aber immer herausgestellt, daß das nicht geht. Der jetzige Ministerpräsident ist daher ja auch zugleich preußischer Ministerpräsident. Aber es ist immerhin schon ein schweres Unglück, wenn es auch nur den Anschein hat, als herrschten im preußischen Ministerium nicht dieselben Tendenzen, nicht derselbe Geist wie im Reichsministerium, wenn ich so sagen darf. Es muß ferner vermieden werden, daß eine Regierung sich auf eine Partei allein als auf die Regierungspartei stützt; sie muß sich vielmehr bemühen, mit allen Parteien zusammenzuwirken, die mit ihr auf einem Boden stehen und ihre ganze Kraft einsetzen wollen zur weiteren Entwickelung des Volkes. Das müssen wir von der Regierung verlangen. Wir unsererseits wollen uns bestreben, in unserer Thätigkeit im Reichstag und auch sonst stets zu zeigen, daß wir lediglich beherrscht sind von der Rücksicht auf das Wohl des ganzen deutschen Volkes, daß wir die Freude am deutschen Reich uns durch Niemand verkümmern lassen wollen, und daß wir die Aufgabe unserer Partei und auch der anderen Parteien nur darin sehen, dienende Glieder zu sein zum Wohle unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Sie werden mir dankbar sein, wenn ich nicht auf alle hier angeregten Fragen eingehe. Das Thema „Ostafrikanische Eisenbahn" und das Thema „Checkverkehr" würde bei seiner großen Bedeutung wohl am besten nicht der Budgetkommission überwiesen, sondern vorweg öffentlich behandelt werden. Was den Etat selbst betrifft, so hängen die Einnahmen aus den Zöllen zusammen mit der Noth der Landwirthschaft, die heute ebenso groß ist wie nur je. Die Güterpreise sind um 30 Proz. zurückgegangen. Leider haben die Regierungen es nicht für nöthig gehalten, der Landwirthschaft zu helfen; was für die Landwirthschaft gethan ist, haben wir den verbündeten Regierungen abgerungen. Sollte es wirklich so schwer sein, Rußland und Oesterreich zur Gestattung höherer Getreidezölle zu bewegen? Warum hat die Regierung keinen Versuch in dieser Richtung gemacht? Wenn man früher davon sprach, Deutschland könne seinen Getreidebedarf selbst decken, wurde man einfach ausgelacht. Um so mehr freut es mich, daß Herr Dr. Sattler jetzt ebenfalls dieser Ansicht ist. Mein Freund Schultz-Lupitz hat stets die Meinung vertreten, Deutschland könne seinen Bedarf an Getreide und Fleisch selbst decken. Natürlich müßten dann auch die Preise höhere sein. Heute sind die Fleischpreise so niedrig, daß sie kaum die Herstellungskosten decken. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Die Landwirthschaft leidet noch immer unter Arbeitermangel. Herr Bebel bezeichnet uns immer als Ausbeuter der Arbeiter. Aber wie steht es damit? Sind wir wirklich solche Aus-

benter? Kürzlich stand ja in einem fortschrittlichen Berliner Blatt, es sei ein Fehler, daß die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter immer erst dann bewilligen, wenn sie durch Strikes dazu gezwungen werden. Herr von Stumm hingegen sei schlauer, der bewillige die Forderungen der Arbeiter rechtzeitig. Daher stamme sein großer Einfluß im Saargebiet. Zeigen Sie mir doch mal einen sozialdemokratischen Betrieb, wo soviel für die Arbeiter gethan wird, wie in den Werkstätten meines Freundes von Stumm. Dem Vertrauensvotum, das andere Redner dem Staatssekretär des Auswärtigen ertheilt haben, schließe ich mich völlig an. Aber in demselben Maße bedauern wir die Wandlungen des Reichskanzlers in sozialpolitischer Beziehung, Wandlungen, die mit Recht als Zick-Zack-Kurs bezeichnet sind. Die einfache Aufhebung des Verbindungsverbots ohne gleichzeitige Korrektur des Vereinsrechts in den Einzelstaaten war ein schwerer Fehler. Die Regierung macht abwechselnd Bücklinge vor der Sozialdemokratie und vor dem Großkapital. (Heiterkeit.) Die Aufgaben aber, die in Preußen östlich der Elbe zu erfüllen sind, kennt die Regierung nicht, dafür besitzt sie kein genügendes Verständniß. Ich bin doch neugierig, wie die Nationalliberalen es fertig bringen wollen, das Programm zu erfüllen, das Herr Dr. Sattler aufgestellt hat, nämlich Industrie und Landwirthschaft zu versöhnen. Der Kriegserklärung des Grafen Limburg an den Reichskanzler bin ich nicht von meinen Freunden beauftragt, mich anzuschließen, aber der Bund der Landwirthe im ganzen Lande wird diese Kriegserklärung mit unterschreiben. Was die Kanalpolitik betrifft, so ist es ein großer Unterschied, ob es sich um Kanäle mit oder ohne Wasser handelt. Unsere Wasserbau-Techniker haben sich bisher bei allen Kanalbauten und Stromregulirungen als durchaus unfähig und unzuverlässig erwiesen. Das „Berliner Tageblatt" will den Kanal zur Sache des Reiches machen, dies Blatt ist doch kein gewisser offizieller Moniteur der Regierung. (Heiterkeit.) Das „Berliner Tageblatt" hat es vorgeschrieben, und der Reichskanzler hat es zu befolgen. (Heiterkeit.) Sie (nach links) möchten natürlich, daß der Kanal Reichssache wird, damit die oppositionellen Beamten auch hier gemaßregelt werden können. (Lachen lins.) Es wäre das sehr interessant, weil wir dann die Frage, wie weit die Disziplinirung von Beamten mit der Verfassung vereinbar ist, auch hier erörtern könnten. Im Landtage werden wir sicher darüber reden.

Ueber das Hineinziehen von Aeußerungen des Monarchen in die Debatte bin ich anderer Ansicht wie Herr Dr. Lieber, ich kann die Kritik solcher Reden nur billigen, wenn sie von einem Minister kontrasignirt sind. Der Abg. Bebel hält die Minister für überflüssig, aber so steht doch die Sache nicht, daß etwa die Minister nur Befehle aus dem Kabinet des Königs entgegenzunehmen hätten und, wenn sie dieselben nicht erfüllen, sofort entlassen werden. Wie war es denn bei den Beamtenmaßregelungen in Preußen? Es thut mir leid, daß auch der Minister v. Miquel (Ruf: Der ist ja nicht mehr hier!) das mitgemacht hat, obgleich es heißt, daß er persönlich dagegen war. (Schallendes Gelächter links.) Den Krieg gegen die Boeren haben nur die Londoner Börsenspekulanten inscenirt, um sich in den Besitz der dortigen Goldfelder zu setzen. (Aha! links.) Nun ja, Sie haben es ja erfahren, wie gefährlich die Goldwährung ist. (Gelächter.) Es ist ganz falsch, zu glauben, daß die Arbeiter Vortheil von der Goldwährung haben. Weshalb gerade die Sozialdemokraten die treue Schutztruppe des Herrn Bamberger sind, ist mir unklar. Sie können sich garnicht darüber wundern, daß dieser Boerenkrieg eine der Konsequenzen der Goldwährung ist. (Gelächter.) Von der Nothwendigkeit der Flottenvermehrung bin ich seit langen Jahren überzeugt. Ich wundere mich nur, daß uns keine Vorlage zugegangen ist. Hoffentlich werden die verbündeten Regierungen Alles thun, um die Flottenvorlage zu einem glücklichen Ende zu bringen. Allerdings trete ich in Bezug auf die Art der Flottenagitation völlig den Ansichten des Abg. Sattler bei. Der Etat wird ja wohl wie gewöhnlich der Budgetkommission überwiesen werden, wo wir dann unsere speziellen Wünsche anbringen werden. (Beifall rechts.)

Vicepräsident **v. Frege:** Der Abg. v. Kardorff hat in seiner Rede eine ganze Beamtenkategorie der Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit geziehen. Ich nehme an, daß das nur objektiv gemeint war. (Schallendes und anhaltendes Gelächter.)

Staatssekretär Dr. **Graf v. Posadowsky:** Der Herr Vorredner hat geglaubt, auf den Beschluß der verbündeten Regierungen betreffend das Verbindungsverbot für politische Vereine zurückkommen zu sollen; er hat von einem Zick-Zack-Kurs der Regierung gesprochen, der darin bestehen soll, daß sie theils vor der Sozialdemokratie, theils vor dem Großkapital Komplimente macht. Ich könnte mir denken, daß die konservative Partei an der Aufhebung des Verbindungsverbots Anstoß fände, wenn sie selbst der Ansicht wäre, daß dies Verbot noch irgend welche praktische und politische Bedeutung hat. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Nachdem aber die konservative Presse übereinstimmend erklärt hat, und nachdem auch in diesem hohen Hause erklärt ist, sachlich habe das Verbindungsverbot eigentlich gar keine Bedeutung, so glaube ich, hat man mit einer solchen Erklärung den Atout aus der Hand gegeben, mit dem man bis dahin spielte. (Sehr wahr! im Centrum und links). Denn man kann doch von einer ehrlichen Regierung nicht verlangen, daß sie etwas aufrecht erhält, was sie innerlich bereits als hinfällig erkannt hat. (Sehr richtig!) Die Aufrechterhaltung des Verbots kann auch keine Kompensation mehr darstellen, denn eine Kompensation muß doch in den Augen dessen, dem gegenüber man kompensiren will, noch einen sachlichen Werth haben. Was aber keinen sachlichen Werth hat, ist keine Kompensation mehr, sondern nur noch ein ausgepustetes Ei. Ich stehe innerlich den konservativen Parteien nahe, bitte aber dringend, diese Frage jetzt begraben sein zu lassen. Daraus lassen sich irgend welche Angriffe gegen die Regierung nicht herleiten.

Ich komme zurück auf die Bemerkung, die Politik der Regierung bestehe darin, Bücklinge vor der Sozialdemokratie und vor dem Großkapital zu machen. Ich habe bisher nicht den Eindruck gehabt, daß der Versuch des Umsturzgesetzes im Reichstage, des Vereinsgesetzes im Landtage oder daß die Vorlage des Arbeitswilligengesetzes in diesem Hause Bücklinge vor der Sozialdemokratie sind. Solange wir eine konstitutionelle Regierung haben, können wir Gesetze nur mit Majorität machen, und wenn sie die Majorität nicht finden, so thun Regierungen unter Umständen sehr klug und weise, die Dinge mal eine Zeit lang gehen zu lassen, bis der nach Auffassung der verbündeten Regierungen unzulänglich informirte Reichstag besser informirt ist. Nun die Komplimente vor dem Großkapital! Wir hören fortgesetzt, welchen ungeheuren Aufschwung unsere Industrie genommen hat. Kann man aber einen wirthschaftlichen Aufschwung hervorrufen, ohne einen gewaltigen Einfluß des Großkapitals? Ich glaube, diese Freundschaft gegen das Großkapital kommt daher, weil man die Rolle, die das Großkapital in unserem wirthschaftlichen Leben spielt, nicht genau erkannt hat. Und was speziell das Kompliment vor dem Großkapital betrifft, so glaube ich, ist das Börsengesetz weder von der rechten Seite noch vom Großkapital als ein derartiges Kompliment aufgenommen worden. (Zuruf rechts: Aber seine Durchführung!) Ueber die Durchführung werden wir uns später äußern, Sie werden nicht verlangen, daß ich heute auf die sogen. Zellenbörse eingehe, ich bin gern bereit, wenn Sie es verlangen, mich beim Etat des Reichsamts des Innern darüber zu äußern. Oder sollte der Vorwurf, daß wir Bücklinge vor der Sozialdemokratie machen, etwa darin begründet sein, daß wir eine Reihe sozialpolitischer Gesetze gemacht haben und noch machen werden unter Zustimmung der Partei, der auch Herr von Kardorff angehört? Im Gegentheil, durch keine Agitation der Sozialdemokraten werden wir uns, wie ich schon kürzlich hier erklärte, abhalten lassen, auf dem Gebiete des sozialen Fortschritts langsam, besonnen und sicher vorzugehen. Als ich dies neulich sagte, da fand ich auch den Beifall der Rechten.

Dann ist der Abg. v. Kardorff auf die Kanalfrage gekommen. Ich muß sagen, diese Ausführungen haben mich erheitert, denn ich kann unmöglich annehmen, daß er im Ernst davon gesprochen hat, der Kanal sei Reichssache. Wenn Herr v. Kardorff glaubt, in irgend einem Blatte ein Sentiment der Regierung nach dieser Richtung hin finden zu können, und dies Blatt als den offiziellen Moniteur der Regierung bezeichnet, so ist mir von diesem offiziellen Charakter des Blattes absolut nichts bekannt. Ich würde Herrn von Kardorff sehr dankbar sein, wenn er dafür positive Beweise beibrächte. Was die Behandlung der wirthschaftlichen Verhältnisse und der Landwirthschaft östlich der Elbe anbelangt, so wird ja in allernächster Zeit ein wesentlicher Theil des Zolltarifs dem wirthschaftlichen Ausschuß vorgelegt werden. Ich für meine Person habe den dringenden Wunsch, daß schon im Laufe des nächsten Winters der alte Zolltarif Gegenstand der Erörterung des Hauses sein möge, und da glaube ich, werden wir reichlich Gelegenheit haben, auch die Verhältnisse der östlichen Provinzen eingehend zu erörtern, und Herr v. Kardorff und seine Freunde werden sehen, daß wir sowohl Verständniß wie wirthliches Wohlwollen für den östlichen Theil Deutschlands haben.

Die Aeußerung des Herrn v. Kardorff über die Bücklinge vor der Sozialdemokratie ruft in mein Gedächtniß lebhaft zurück einen vor einiger Zeit in einem Journal erschienenen Artikel. Da wurde ausgeführt, uns fehle ein starker Mann, der die Aufgabe habe, die Sozialdemokratie an der Gurgel zu fassen und zu erwürgen. Das war ungefähr der langen Rede kurzer Sinn. Wenn ein solcher starker Mann in Deutschland existirte, so wünschte ich, daß er in diesem Hause recht bald zum Vorschein käme (Heiterkeit), oder, was mir noch erwünschter wäre, daß er hier an diesem Platze gütigst sich einfinden möge. Dieser starke Mann würde nämlich sehr bald die Erfahrung machen, daß man eine Partei, wenn sie auch der Regierung noch so unsymphathisch ist, in einem Rechtsstaat nur behandeln kann auf Grund der bestehenden Gesetze (Sehr wahr!) und daß man Gesetze in einem konstitutionellen Staat nur machen kann mit der Volksvertretung. Daß es diesem starken Manne gelingen würde, bei der gegenwärtigen Stimmung des hohen Hauses Gesetze zu Stande zu bringen, auf Grund deren er die Sozialdemokratie erwürgen kann, das ist mir sehr zweifelhaft. (Sehr richtig!) Ich würde auf eine solche Aeußerung überhaupt nicht zurückgekommen sein, wenn sie nicht geeignet wäre, in weiten Kreisen Wahnvorstellungen von der Macht der Regierung zu erwecken, die meines Erachtens äußerst bedenklich und verhängnißvoll wirken müssen. (Sehr wahr!) Wer sich vollständig bewußt ist der ungeheuren Verantwortlichkeit einer Regierung in unserem komplizirten wirthschaftlichen und politischen Leben gegenüber einer Volksvertretung, die so viele Parteien und so viele politische Richtungen aufweist, der sollte nicht dazu beitragen, Phantasien auszumalen, die in dieser Form nie realisirbar sind, (Sehr richtig!) mögen die Männer sein und heißen, wie sie wollen, die einmal auf diesem Platze stehen.

Und nun zum Schluß noch eine kurze Bemerkung! Es ist in den letzten Sessionen wiederholt vorgekommen, daß Allerhöchste persönliche Meinungen einer Erörterung in diesem Hause unterzogen sind. In allen konstitutionellen Staaten besteht aber stillschweigend das Herkommen, sich wegen derartiger Meinungsäußerungen an die verfassungsmäßig verantwortlichen Stellen zu halten. Solche Erörterungen können doch einen praktischen Werth nur haben, wenn sich an derartige Allerhöchste persönliche Meinungsäußerungen staatsrechtliche Folgen anknüpfen. Für staatsrechtliche Folgen sind aber in allen konstitutionellen Staaten die Rathgeber der Krone verantwortlich. Alle deutschen Einzelstaaten sind konstitutionelle Staaten, und auch das deutsche Reich ist ein konstitutioneller Staat. Man sollte deshalb, wenn man an Allerhöchste persönliche Aeußerungen staatsrechtliche Deduktionen anknüpft, das stets in einer Form thun, die lediglich die verfassungsmäßig verantwortliche Stelle trifft, man sollte aber die Allerhöchsten Personen unter allen Umständen aus dem Spiel lassen. (Zustimmung rechts.) Sonst würde ein Gefühl der Mißstimmung zwischen verb. Regierungen und Volksvertretung entstehen, das nicht geeignet ist, die Geschäfte zu fördern, die wir gemeinsam im Interesse des Landes zu erledigen haben. (Beifall rechts.)

Abg. **Motty** (Pole) spricht sich über die Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens aus und empfiehlt an Stelle einer großen Flotte Schiedsgerichte und Bündnisse, auch Handelsverträge. Die Polen stehen dem deutschen Reich wohlwollend gegenüber und thun auch ihre Pflicht gegenüber dem preußischen Staate. Den Polen mögen aber auch frühere Versprechungen und Verträge gehalten werden. Redner bekämpft dann das Ansiedlungsgesetz und den Verein zur Ausbreitung des Deutschthums in den östlichen Provinzen. — In seiner Rede habe Herr Staatssekretär v. Bülow vergessen, zu sagen, gegen wen die Defensive gerichtet sein solle und welcher Staat zur Offensive geneigt sei.

Darauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Herr von Kardorff hat gemeint, er möchte einmal sehen, wie ein national-liberales Ministerium aussehen würde, das mein Programm verwirklichte. Wenn Herr von Kardorff neugierig ist, einen national-liberalen Minister zu sehen, so verweise ich ihn an Herrn von Miquel.

Präsident Graf **Ballestrem:** Das war nicht persönlich; ja, wenn Sie sich selbst genannt hätten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.): Herr Staatsminister Dr. v. Miquel hat mir entgegen gehalten, ich hätte die Vorwürfe, die ich gegen ihn gerichtet habe, aus alter Zeit geschöpft. Ich mache dem gegenüber nur darauf aufmerksam, daß, wie ich schon bemerkt habe, ich erst am letzten Tage meiner Anwesenheit in Berlin im vorigen Sommer, also Ende August, das erfahren habe, was ich Herrn v. Miquel vorzuwerfen hatte.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr (Fortsetzung der Etatsberathung).

Schluß 5¾ Uhr.

Verantwortlicher Redacteur **Felix v. Eckardt**,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H. in Karlsruhe.

**Lieferung.**

Für den Bedarf des Schlacht- und Viehhofes im Jahre 1900 ist die Lieferung folgender Futtermittel zu vergeben:
ca. 100 Zentner Futtermehl Nr. V,
„ 80 „ Kleie,
„ 80 „ Hafer. 6757.2.2

Angebote nebst Proben sind bis längstens **20. ds. Mts.** verschlossen bei unterzeichneter Stelle einzureichen.

Daselbst sind auch die näheren Lieferungsbedingungen zu erfahren.

Karlsruhe, den 11. Dezember 1899.

Städt. Schlacht- und Viehhof-Direktion.
Bayersdoerfer.

**Dampfbäder,**
**Halbbäder,**
**kalte Abreibungen,**
**Massage,** 5452.—20
**Elektrisch-Lichtbäder,**
**kohlensaure Bäder,**
**Fango-Behandlungen,**
**60 Wannenbäder**
1ter, 2ter, 3ter Klasse.
**Friedrichsbad**
**136 Kaiserstrasse 136.**

**Verehrl. Weinhandlungen, Gastwirten, Hotels** empfiehlt sich zum direkten Einkauf 5188.—.30
**jeder Art Pfälzer u. Rheingauer Weiss- u. Rotweine.**
Proben jederzeit zu Diensten.
**Johann Rehm,**
Agentur und Weinkommissions-Geschäft,
Burrweiler b. Landau (Pfalz).

323 Millionen verkauft!
**LEONARDTs**
Kugelspitz-Federn.
6143.26.9

Restaurant
**Zum Frankeneck.**
**Karl-Friedrichstrasse,** Ecke Zirkel.
In Mitte der Stadt, nächster Nähe des Grossh. Schlosses, des Theaters u. s. w. Rendezvous aller Fremden. Vorzügliche Diners zu **Mk. —.70, Mk. 1.—** und **Mk. 1.50.** Auswahlreiche Frühstücks- u. Abendkarte. Spezialität: **Oberländer Weine. ff. Export-Biere** von Brauerei Sinner, Grünwinkel. 3790.13.13
***M. Billing,***
Restaurateur.

**Gespielte Pianinos und Tafelklaviere,**
in eigener Werkstätte aufs Beste renoviert, unter Garantie, zu M. 80, 220, 230, 280, 320, 350, 380 auf Lager;
**neue Pianinos, beste Fabrikate,**
zu M. 420, 460, 480, 530, 560, 580, 600, 650, 670, 720, 750, 800, 850, 880, 900, 1000, 1100, 1200 auf Lager bei 6670.5.3
**M. Hack,**
Ecke Krieg- und Rüppurrerstraße 2, 2 Treppen.
Kein Laden, größter Umsatz, daher billigste Preise!

**Cravatten,**
**prachtvolle Neuheiten**
in **hervorragend**
**großer Auswahl.**
**Wilh. Zeumer,**
**Kaiserstraße 127.**
6714.3.3

**E. Stremayr, Basel,**
**Agentur- und Kommissionsgeschäft,**
eingetragene Firma seit 1888, übernimmt ganze Warenlager oder einzelne Partien, fest oder zum Kommissionsweisen Verkauf, An- und Verkauf von **Liegenschaften, Inkasso,** eventuell Ankauf von Forderungen auf die Schweiz, Uebernahme von **Agenturen** für die ganze Schweiz. 6653.6.2

6658.8.4 **Seltener Gelegenheitskauf!**
**Pianino,** fast neu, schöner edler Ton, gediegenes Instrument, ausgezeichnetes Fabrikat, habe im Auftrag **unter Garantie billig** zu verkaufen.
**Hans Schmidt,**
Musikalienhandlung,
am Rondellplatz.
Telephon 487.

**Hohenzollern-Veilchen.** 6529 11.4
**Vornehmstes Parfum.**
J. F. Schwarzlose Söhne,
Königl. Hoflief.
Berlin, Markgrafenstrasse 29.
Mk. 1,50, 2,50, 5,—, 10.—,
Vorrätig in allen Parfumerien.

**Mehl** 6349.1
zu Feinbäckereien,
**6 Pfund**
**85 Pfg.**
**Fr. Wilhelm Hauser,**
Kaiserstr. 76 – Werderstr. 25.
Katalog gratis u. franko.

Der
**Alleinverkauf**
unseres 6758.2.2
**Arbeiter-, Zeit-, Controll- und Registrier-Apparates**
**„Rochester"**
ist noch für **Baden** zu vergeben. Technische Geschäfte, Maschinen- und dergl. Handlungen, die sich dafür interessiren, wollen sich mit uns in Verbindung setzen. Herren mit Kapital ist durch die Uebernahme Gelegenheit geboten, sich eine gewinnbringende Existenz zu schaffen.
**Otto Mansfeld & Co.,**
Magdeburg.

**Spanischer Portwein.**
Naturreinheit garantirt. Reconvalescenten zur Stärkung empfohlen à Flasche Mk. 1.20
Probepostsendung 3 Fl. incl. Packung Mk. 4.00
**C. Spielhagen, Dresden, Ferdinandplatz.**
5185.52.22